

Anlieger müssen für Straßen zahlen

Stadt schafft Beiträge vorerst nicht ab

ACHIM ■ Wenn Straßen in Achim saniert werden, wird die Stadt auch künftig Anliegerbeiträge erheben. Das beschloss der Stadtrat am Donnerstagabend bei vier Gegenstimmen der FDP und CDU und drei Enthaltungen (ebenfalls FDP und CDU).

Reiner Aucamp (SPD) meinte, er habe von Anfang an gegen den Vorschlag von FDP-Fraktionschef Hans Baum gehalten, die Straßenausbaubeitragsatzung abzuschaffen: „Ohne würden unsere Straßen noch schlechter aussehen.“ Die beiden Alternativen, Erhöhung der Grundsteuer und wiederkehrende Beiträge, die Verwaltungsmitarbeiterin Thea Mühe vor einigen Monaten im Ausschuss vorgestellt hatte, stellten keine Verbesserung dar. „Darum ist die SPD einstimmig dafür, die Satzung beizubehalten.“

„Das sehe ich anders“, betonte CDU-Ratsherr Marco Vagt. Denn die Regelung berge erhebliche Nachteile für Anwohner kleinerer Ortschaften, wie Bollen, Uphusen und Teile von Bierden. „Wir sollten uns andere Modelle überlegen.“ Auch Annameta Rippich (CDU) beklagte: „Man kann quasi ein Grundstück verkaufen, um eine Straße zu bezahlen.“

„Wir werden so zustimmen“, sagte Jürgen Kenning (Grüne). Denn würde die Stadt wiederkehrende Beiträge erheben, könne dies für

die Betroffenen stark differieren und sie zahlten, ohne ein direktes Ergebnis vor ihrer Haustür zu erhalten. Die Umlegung der Beiträge auf die Grundsteuer sei nicht rechtsicher und könne zu Rückforderungen führen.

Auch Wolfgang Heckel (WGA) nannte die Anliegerbeiträge „gerecht, weil es genau die Anwohner betrifft und nicht umgelegt wird auf alle und manche hinterher nicht profitieren“.

Die Argumente für die Anliegerbeiträge kämen aus der Verwaltung, sagte Baum. Bei anderen Varianten müsste der Rat die Priorisierung des Straßenausbaus beschließen. „Das ist ein Verstecken vor der Verantwortung.“ Zudem schlug er anhand einer Vergleichstabelle der Grundsteuerhebesätze vor: „Warum setzen wir nicht alle Werte auf das Minimum, das von Gerichten noch akzeptiert wird?“

„Wir haben ein gutes Mittelmaß gefunden zwischen dem Anteil der Anlieger und der Stadt“, verteidigte Bauamtsleiter Steffen Zorn das bisherige Modell. In der nächsten Sitzung des Bauausschusses würde der Ausbau der kleinen Straßen auf der Tagesordnung stehen.

Auch wenn die Stadt vorerst weiterhin auf Anliegerbeiträge setze, könne man später immer noch wiederkehrende Beiträge erheben, bemerkte Mühe. ■ ldu